

## Fata Imaginis. Kolumne 4

Franz Reitinger

# **Unpolitisch oder gleich Faschist? Von der Verpolitisierung der Alltagswelt und dem drohenden Verlust des Common Ground**

Unlängst wurde ich dazu eingeladen, einen Vortrag an einer Kunsthochschule zu halten. Der Gegenstand war vorgegeben: Ich sollte über weltflüchtige Bilder referieren, denen sich nachsagen ließ, dass sie unaufgeklärt, naiv und unpolitisch wären. Die einführenden Worte hielt ein junger Hochschullehrer, der den Titel meines Vortrags rezitierte und sich dabei prompt versprach, ohne dass dies irgendeinem Zuhörer aufgefallen wäre. In seinem Munde erfuhr das schöne Wort »poetisch« eine Verwandlung in »politisch«. Am Ende des Vortrags legte die ranghöchste Zuhörerin, ihres Zeichens Vizerektorin der Universität nach, indem sie an mich die Frage richtete, was an den vorgestellten Arbeiten nun »politisch« sei? Ich traute meinen Ohren nicht. Natürlich bin ich bereit und willens, mich auch auf Fragestellungen aus dem Bereich der politischen Ikonographie einzulassen, wenn man dies wünscht, aber was sollte die Frage nach dem politischen Gehalt eines dezidiert unpolitischen Werkes? War dieses merkwürdige Insistieren auf die politische Dimension von Bildern nun Zufall, oder galt die Frage nicht doch eher dem Referenten in dem Sinne: Wie halten sie's mit der Politik, werter Kollege?

Zu den geläufigsten Kategorien des Sammlungs- und Archivwesens, die eine Klassifizierung von Bildern nach Inhalten ermöglichen, gehören die Begriffe »Mœurs« und »Histoire«. »Mœurs« umfasst alle Erscheinungen des

privaten und öffentlichen Lebens, denen gemeinsam ist, dass sie prinzipiell nicht-politischer Natur sind. Zu nennen wären hier vor allem alltagsweltliche Phänomene aus Beruf, Freizeit und geselligem Zusammenleben wie auch die Ausprägungen des Konsums, des Reisens und der Mode. Dem Terminus »Histoire« pflegen demgegenüber all jene Werke subsummiert zu werden, in denen einmalige Ereignisse zur Disposition stehen oder die aus spezifischen historischen Konstellationen heraus entstanden und folglich von sich aus politisch sind. Hat nun diese Unterscheidung aufgehört, gültig zu sein und, wenn ja, was ist an ihre Stelle getreten? Was für einen Sinn könnte ein Forschungsbereich »Politische Ikonographie«, der bekanntlich selbst ein Kind jüngerer Politisierungswellen ist, noch haben, wenn alles durch die Bank per Definition politisch wäre und das gemeinhin als »Genre« bezeichnete Feld unpolitischer Bildthematiken in Kunst und Ikonographie einfach aufgegeben würde?

Unter dem Imperativ des Politischseins und dem Eindruck des durch diesen erzeugten Legitimationsdrucks beginne ich mich allmählich zu fragen: Ist wirklich alles, was der Aufmerksamkeit auch nur irgendwie für wert befunden werden kann, politisch, und was ist unter dem mich dermaßen von außen bedrängenden Sein zum Politischen überhaupt zu verstehen? War das Private nicht einmal ein Refugium für alles Unvermittelbare, jener Raum, in dem der Einzelne seine Freiheit nach Belieben ausleben konnte, ohne irgendjemandem Rechenschaft ablegen zu müssen? Und ist das Politische nicht jener fraktionierte Raum der Parteilung, der in den gesellschaftlichen Körper seine Keile treibt, ja diesen am liebsten zur Gänze in verfeindete Lager spalten würde, wenn sein unbedingter Wille zur Durchsetzung nicht in den hierfür geschaffenen parlamentarischen und vorparlamentarischen Institutionen, Gremien und Vereinen aufgefangen würde und an einen bestimmten gesellschaftlichen Ort gebunden wäre?

Zwischen den Sphären des Privaten und des Politischen erstreckte sich dereinst das Feld des Allgemeinen, das als maßgebliche gesellschaftliche Mitte nicht per se politisch zu sein brauchte, sondern sich gerade dadurch auszeichnete, dass in ihm ein potentiell konsensfähiger Raum zur Verfügung stand. Man sagt, Gesellschaft habe ihren Ursprung auf dem Marktplatz. Der Markt ist jener Ort, an dem gefeilscht und gehandelt wird, so wie heute die Sozialpartner miteinander handeln und feilschen. Während sich ein Großteil des politischen Geschäfts auf die Generierung von offenen Rechnungen und nicht weiter verhandelbaren Forderungen beläuft, sind Handeln und Verhandeln noch immer die Konsens hervorbringenden Verfahren einer Gesellschaft.

Der Raum der Allgemeinheit ist anders als der zwischen einzelnen Individuen ausgehandelte, situationsabhängige Minimalkonsens eines *Common ground* ein stabiler Gesellschaftsraum, in dem gemeinsame Verhaltensregeln der Rechtschaffenheit und des Respekts Geltung besitzen, zu denen im Sinne eines *Modus vivendi* gehört, dass man sich grüßt, miteinander spricht und den anderen gelegentlich nach dem Befinden befragt, auch ohne einander in allem unbedingt »grün« zu sein. Seinesgleichen die Offenheit auf den Leib zu schreiben ist das eine, diese etwa in einer Unterhaltung über einen Film, ein

Fußballmatch, eine Ausstellung oder einen Konzertabend im Alltag zu praktizieren, ohne dass die eigenen Sympathien und Antipathien vor dem ungeliebten Vis-a-vis sofort hochkochen und man dem anderen demonstrativ die Achtung versagt, das andere. Eine Hausgemeinschaft kann hier ein erstes Übungsfeld bieten.

Sicherlich hat nicht erst die vergleichsweise junge Errungenschaft der repräsentativen Demokratie der Gliederung des sozialen Körpers in eine private, öffentliche und politische Sphäre Pate gestanden. Die repräsentative Demokratie vermochte dessen triadische Verfasstheit lange Zeit aber zu stabilisieren und zu festigen. An den Regierungskrisen mancher Länder zeigt sich, dass die Gesellschaften durchaus selbständige, in sich gefestigte Entitäten sind, die auch ohne funktionierendes Parteiensystem eine gewisse Zeit lang zu existieren in der Lage sind, solange jedenfalls bis die Politik auf die Straße getragen und das öffentliche Leben willfährig lahm gelegt wird. Dieser kulturell unterfütterte und stabil gehaltene Raum der Öffentlichkeit ist darum nicht gleich mit einem wünschenswerten Zustand oder einer normativen Zielvorstellung etwa einer vollkommenen Institutionsfreiheit nach anarchistischem Muster zu verwechseln.

Die repräsentative Demokratie beruht auf einem zyklisch-dynamischen System. Wahlperioden machen eine vorübergehende Öffnung der Sphäre des Allgemeinen für die Belange des Politischen erforderlich. In Zeiten des Wahlkampfes wird der Fraktionsgeist in die Öffentlichkeit getragen, der diese emotional aufheizt und fühlbar auseinandertreibt. Den heutigen Wahlkämpfen liberaler Gesellschaften wohnt die Tendenz inne, sich zu exzessiven Festen auszuwachsen, bei denen wie in der ethnologischen Gestalt des Potlatsch beträchtliche Energien gebunden und Vermögen vernichtet werden. Durch das mediale Stimmungsbarometer der Meinungsumfrage werden diese Gesellschaften in einen regelrechten Dauerwahlkampfmodus versetzt. Diese perpetuierte Erregung ist angesichts der leerlaufenden Routinen von Wetterbericht, Börsennotierung, Marktdatenerhebung und Gewinnzahlenziehung allerdings keineswegs davor gefeit, sich in ihr Gegenteil zu verkehren und in Apathie und allgemeine Anteilslosigkeit umzuschlagen. Schon aus diesem Grund ist eine Einhegung ausufernder Wahlkämpfe und der damit einhergehenden Ausfransungen des Politischen geboten, dessen Anmaßungen zweifacher Natur sind: Zum einen zielt dieses auf eine Totalität von Gesellschaft ab. Zum anderen sucht sich in ihm ein im Lagerdenken verwurzelteltes Verständnis von Politik zu universalisieren.

»Das Private ist politisch« lautete ein Slogan der Studentenbewegung. Diese Behauptung wäre wohlfeil gewesen, wenn die Ideologiekritik der sogenannten »Kritischen Theorie« nicht Wasser auf die Mühlen eines ungeachtet aller katastrophischen Erfahrungen nicht klein zu kriechenden, »ewig« politischen Universalklärungsanspruches gegossen hätte. Unter dem Einfluss der Psychoanalyse ging diese Theorie einer nach außen hin praxisnah sich gebenden Sozialforschung dazu über, hinter der Oberfläche von allem und jedem eine politische Tendenz zu wittern, die als Ausdruck einer vermeintlichen

Herrschaftsstruktur gedeutet wurde. Im französischen Strukturalismus wuchs sich die Herrschaftskritik weiter zur fundamentalphilosophischen Systemkritik aus. Der Effekt dieses Theoretisierens, dessen abträgliche Folgen heute überall bis hinein in die Institutionen zu beobachten sind, war eine Extrapolation des politischen Feldes ungekannten Ausmaßes. Dabei ersetzte die den Schick einer ganzen Epoche inkarnierende Gesellschaftstheorie die bestehenden Deutungsmuster lediglich durch ein ihrem Weltbild näher liegendes Erklärungsmodell. Ihr Langzeiteffekt aber bestand darin, dass das Denken einrastete und Kritik sich in den sozialen Körper einschrieb und zum Habitus eines »Konformismus des Anderseins« und einer grundlosen Aufsässigkeit verfestigte, die sich in der herausgestreckten Zunge ihre eigene kommerzialisierbare Vulgärsymbolik schuf.

Unter dem Einfluss der sich überall in der westlichen Welt ausbreitenden kritischen Theorien wurde Staatspolitik in den postliberalen Gesellschaften zunehmend durch Gesellschaftspolitik verdrängt. Es wäre freilich verkehrt, in dieser einfach die natürlichste Form des Politischen sehen zu wollen. Steht sie doch in einem direkten Spannungsverhältnis zur repräsentativen Demokratie. Während die Aufgabe staatlicher Politik im Kern darin besteht, in Weiterführung der vormaligen Regalherrschaft die staatspolitischen Geschäfte unter demokratischen Vorzeichen auf instrumentelle Weise auszuüben, geht es bei Gesellschaftspolitik durchweg um reformistische Agenden der Umschichtung, Umverteilung und Umerziehung, die in einer Epoche, in der sich wesentliche gesellschaftspolitische Forderungen erfüllt haben, zunehmend zum futuristischen Gesellschaftsdesign entraten. Die Populärform dieser Politik ist ein über das eigentliche Ressort hinausgehendes Soziales, das direkt auf latent vorhandene Neidreflexe abzielt. Diesen Reflexen wohnt eine mobilisierende Kraft inne, die nur weiter bewirtschaftet und durch Lenkung der öffentlichen Meinung den eigenen politischen Zielen zugeführt zu werden braucht. Eine auf derart basale Befindlichkeiten setzende Sozialpolitik ist auch deshalb so erfolgreich, weil sie den vielen, die sich weder Position und Vermögen zu erwerben vermochten, sekundäre Profilierungschancen verspricht. Politiknahe SozialwissenschaftlerInnen brauchen den Radiohörern am Ende nur noch weiszumachen, dass ein Korb von eingeschweißten Fressalien und kübelweiser Haushaltspolter das Alpha und Omega einer echten Sozialpolitik und überhaupt Einkaufens mitsamt dem obligaten Warnhinweis »Vorsicht, das Leben führt zum Tode« die soziale Tugend schlechthin sei.

Die spontane Formierung von anlass- und themengebundenen Protestbewegungen spricht allerdings noch lange nicht für die Annahme, es gäbe etwas wie einen politischen Urtrieb der Menschen. Interessen zu haben, ist schließlich das eine, nichts anderes als diese Interessen gelten zu lassen und sie durch ideologische Schulter schlüsse in größeren Verbänden notfalls wieder Kultur, Sitten und Gesetz durchsetzen zu wollen, das andere. Eher scheint es sich so zu verhalten, dass sich bestimmte Parteien abseits bestehender Vereinsstrukturen die Sphäre des Öffentlichen als Rekrutierungsfeld zu sichern suchen und zu diesem Zweck permanente Grassroot-Bewegungen unterhalten,

denen jede Gelegenheit recht ist, um den politischen Druck auf die Straße zu tragen. Die Abschöpfung des Schaums der Unzufriedenen erwies und erweist sich dort am erfolgreichsten, wo es Individuen gibt, die sich medienwirksam als emanzipative Subjekte zu konstituieren in der Lage sind.

Nichts ist nachvollziehbarer als die Tendenz, Legitimierung in der Geschichte zu suchen und vermeintliche historische Anfänge zu glorifizieren. Dem Modus der historischen Rechtfertigung ist indes mit Vorsicht zu begegnen, und zwar schon allein deshalb, weil die Höhepunkte politischen Agierens und Agitierens einen überproportionalen Niederschlag im Weichbild der Historie gefunden haben und die Parteien, auch was die Deutung der Geschichtsverläufe anbelangt, immer schon bestrebt waren, sich Auslegungsmonopole zu sichern und hegemoniale Narrative zu instaurieren, nur um im gleichen Atemzug andere historische Ansätze als »naiv« hinstellen und zu diskreditieren. Letztere zu überholten »Materialständen« zu erklären und seine generationsabhängigen Gewissheiten aus vergilbten Siebziger-Jahre-Lektüren weiter wie ein Mantra vor sich herzutragen, ist reine Bauchpinselei und für nichts und niemanden gut.

Der klar umrissene Geltungsbereich einer Sphäre des friedlichen Zusammenlebens pflegte der Grund zu sein, warum vor den großen Liberalisierungswellen des 20. Jahrhunderts unter dem Titel der Dezenz private Konflikte nicht in die Öffentlichkeit getragen wurden, ein Verhaltensgrundsatz, dessen Gültigkeit durchaus auch heute noch in dem verbleibenden Rest an Bürgerlichkeit zu beobachten ist. Die Verhältnisse haben sich seither auf den Kopf gestellt. Derweilen die Sprengung der Privatsphäre und die Flutung des öffentlichen Raums mit einem wilden Mix an unvermittelbaren Lebensstilen in der Epoche des Emanzipismus jedweden Anmaßungen und Zumutungen Tür und Tor öffnete, reicht der Arm politischer Einflussnahme durch ein immer dreister agierendes »Empire du Bien« im Gegenzug weit und bedrohlich in die Privatsphäre hinein. Von Selbstbestimmung des Einzelnen kann im fürsorglichen »Ammenstaat« kaum noch die Rede sein. Nie war der Zugriff auf das Private so weitreichend und der zum Mündel degradierte Bürger so vielen juristischen Schikanen ausgesetzt wie in der postliberalen Epoche, die unter dem Titel des Minderheitenschutzes die juristische Aufrüstung von bestimmten Bevölkerungsteilen mit einem Kordon an Gesetzen vorantreibt, obwohl die derart Bevorteilten in keinsten Weise die Kriterien einer schützenswerten kulturellen Minderheit erfüllen, sondern als Lebensstilgemeinschaften vormals dem Feld des Privaten angehörend mittlerweile zu umworbenen Objekten der Politik geworden sind. Diese erweiterte Form einer Klientelpolitik geht inzwischen soweit, dass der überwiegende Teil der Bevölkerung in einem demütigenden Zustand politisch motivierter Übervorteilung auszuharren gezwungen ist, ohne dass die davon am stärksten Betroffenen je in ihrem Leben einer privilegierten Gruppe angehört und die Besten und Ambitionierten unter ihnen auch nur eine Chance erhalten hätten, ihrem gesellschaftlich auferlegten ›Tod‹ zu Lebzeiten zu entrinnen.

Die Vereinnahmung des öffentlichen Lebens durch die Politik war immer schon ein untrügliches Zeichen für gesellschaftliche Krisen und anstehende Kriege. Symptomatisch für diese Entwicklungen ist die Annahme eines *Tertium non datur. Join, or die* lautete die Devise im amerikanischen Unabhängigkeitskrieg. Keine konsensfähige Öffentlichkeit, keine kulturelle Wechselwährung, keine bürgerliche Mitte: nur Freund versus Feind. Ist die Infiltrierung des gesellschaftlichen Körpers mit politischen Botschaften und Überzeugungen gar das Anzeichen eines latenten, unterschweligen Bürgerkriegs?

Unübersehbar sind die Exzesse des Politischen, die zu einer schleichen Vergiftung des gesellschaftlichen Klimas geführt haben, der man vonseiten der Politik mit immer rigoroseren Disziplinierungsmaßnahmen zu begegnen sucht. Mehrere Indizien deuten heute auf eine wachsende Gefährdung des konsensfähigen Raums der Öffentlichkeit hin. Zu den besorgniserregendsten zählt das Verschwinden einer unabhängigen Berichterstattung. Von der Boulevard-Presse würde man nichts anders erwarten als die mutwillige Skandalisierung des halbleeren Wasserglases und die exzessive Nutzung von manipulativen Bild-Text-Collagen, bei denen durch die Etablierung optischer Hierarchien und die Betonung entstellender Details missliebige Kandidaten auf ewig alt aussehen. Die Lenkung des Auges zur Provozierung von assoziativen Kurzschlüssen und Brückenschlägen zählt hier zur eingespielten Praxis. Besonders perfide an dieser Entwicklung ist, dass selbst staatstragende Medien ihre unverhohlene Parteilichkeit unter dem Deckmantel der Unabhängigkeit kaschieren. Längst werden die stündlichen Nachrichten dazu genutzt, die eigenen politischen Agenden durch die Verlautbarung von Pseudoereignissen wie Achteljahres-Jubiläen, Tage des Herrn, Stellungnahmen unbeteiligter Vierter zur weltpolitischen Lage oder die gerade passenden Tagesstatistiken den Hörern unterzujubeln. Dass den Meinungen von Oppositionsführern und außerparlamentarischen Parteien mehr Aufmerksamkeit als der Regierung geschenkt wird, gehört hier zum guten Ton. All dies aber ist nur die Spitze des Eisberges übergriffiger Platzierungs- und Verankerungstechniken, die in alle Sendeformate diffundieren und deren analytische Beschreibung einen dickleibigen Band füllen würde. Was sich nicht von außen unabweislich aufdrängt aber, lässt man erst gar nicht an die Oberfläche des öffentlich Vermittelbaren heran. So wird verschwiegen und ausgegrenzt, was das Zeug hält, während andere, wie man hört, inzwischen noch einen Schritt weitergehen, indem sie offen und geradeheraus zur Ausgrenzung unerwünschter Bevölkerungsteile aufrufen.

Angesichts der unfassbaren Brutalität und Primitivität heutiger TV-Programme tut sich ein solcher Sender leicht, das ganze Ausmaß der in seinen Etagen nistenden Hintertriebenheit zu verschleiern und seine durchschaubaren Machenschaften in der Öffentlichkeit als humanitäre Mission auszugeben. Wie könnte es unter diesen Verhältnissen anders sein, dass selbst Staats- und Landesbühnen nicht mehr davor zurückschrecken, ihre schwer subventionierten Häuser in einem Anfall von Selbstermächtigung bar jedweden gesellschaftlichen Auftrages in mehr oder weniger vordergründige Propagandaflächen umzurüsten und die Bewerbung ihrer Institution in Plakaten und Faltbroschüren

mit durchgängig einseitigen, ewig in die gleiche Kerbe schlagenden Botschaften zu unterlegen, um so gewünschte gesellschaftliche Veränderungen herbeizuführen. Dass die offene und verdeckte Aufoktroyierung der vermeintlich richtigen Weltanschauung im Zeichen des Politischen in keinster Weise mehr etwas mit dem Engagement für eine gute Sache zu tun hat, zeigt sich am deutlichsten daran, dass diese Botschaften auf immer unverschämtere Weise die Merkmale einer Schandjustiz annehmen, die es darauf angelegt hat, ganzen Bevölkerungsteilen die jedem Menschen von Haus aus zustehende Würde und Achtung zu rauben.

Angesichts der schier unbegrenzten Medienmacht scheinen bildende Kunst und Kultur lediglich Nebenschauplätze im Ringen um Einfluss in der triadischen Sphäre der Zivilgesellschaft zu belegen, auch wenn außer Zweifel steht, dass ihnen eine nicht unerhebliche Rolle in der öffentlichen Meinungsbildung zukommt. Über ein Geflecht an Sport-, Freizeit- und Brauchtumsvereinen haben die Parteien das Feld der Kultur infiltriert und unter sich aufgeteilt. Deren Bodenständigkeit und regionale Verwurzeltheit garantiert aber immer noch ein gewisses Maß an Selbstbestimmung. Was die heutige Kunst betrifft, so fällt es schwer, darin wie in der Religion etwas anderes als ein kollektives Phantasma zu sehen. Noch am plausibelsten stellt sich einem dieses Feld dar, wenn man es von seiner gesellschaftlichen Funktion her betrachtet: nämlich als exemplarischer Freiraum und exemplarisches Experimentierfeld zur symbolischen Einlösung von Ansprüchen, die die freiheitlichen Gesellschaften fortwährend generieren, aber die sie selbst nicht einzulösen imstande sind. Produziert wird auf diesem Feld schon lange nichts mehr. Die typische Kunsthochschulabgängerin versteht sich heute eher als eine Art von Dienstleisterin. Der Service, den sie auf Bestellung offeriert, nennt sich »Intervention« im öffentlichen Raum. Ihre Subventionsabhängigkeit macht sie als Weltanschauungsträgerin für parteipolitische Interessen ebenso anfällig wie interessant. Der mehr als subtile Zwang zum politischen Bekenntnis an Kunst- und anderen Hochschulen verschleiert am Ende nur, dass hier ein ganz bestimmtes Verständnis des Politischen in den Köpfen der Studierenden implementiert werden soll. Wer immer die palimpsestartig hinter einem schwer durchschaubaren institutionellen Geflecht an Fachbereichsbereichen sichtbar werdenden Settings und Arrangements aber hinterfragt und öffentlich bloßlegt, setzt sich dem Risiko aus, von den Drohnen der postliberalen Nester im heutigen Sozialstaat postwendend attackiert zu werden.